

# Wechsel auf Wunsch-Schulart

## CDU-Vorschlag: Rückkehr zu Aufnahmetest in speziellen Fällen

Von *Brigitte J. Henkel-Waidhofer*

**Stuttgart.** Der Druck auf Eltern bei der Wahl der weiterführenden Schule für ihre Kinder soll wieder steigen. Jedenfalls nach den Vorstellungen der CDU-Landtagsfraktion. Der bildungspolitische Sprecher Alexander Becker schlägt nicht mehr und nicht weniger als Aufnahmetests für „den Dissensfall“ vor. Wenn die Grundschulempfehlung nicht auf Zustimmung der Eltern trifft, müssten ihre Kinder eine standardisierte Prüfung absolvieren, um auf die gewünschte Schulart wechseln zu können.

Ein Hintergrund ist die Debatte um G8 und G9. Zurzeit wechselten 45 Prozent der Kinder aufs Gymnasium, erläutert der Musikwissenschaftler im Gespräch mit dieser Redaktion, „man kann sich leicht vorstellen, dass diese Zahl bei einem flächendeckenden Angebot von G9 auf 50, 55 oder noch mehr Prozent ansteigt“. Das aber könne niemand wollen.

Gemessen an den Ansprüchen aller Landesregierungen seit mehr als zwei Jahrzehnten hat der jüngste Bildungsbericht Baden-Württemberg ein katastrophales Zeugnis ausgestellt: Immer mehr Jugendliche verlassen Schulen ohne Abschluss, der soziale Aufstieg durch Bil-

dung funktioniert nicht, der Fachkräftemangel wird in den nächsten Jahren größer statt kleiner. Dazu strebt die Initiative „G9-Jetzt“ eine flächendeckende Rückkehr zum Schuljahr 2024/2025 an.

„Das hat Auswirkungen auf alle Schularten“, sagt Becker. Es gehe ihm nicht um eine einfache Rückkehr zur verbindli-

”

Es geht darum, das  
Schulsystem insgesamt  
stabil zu halten.

**Alexander Becker**  
CDU-Landtagsfraktion

chen Grundschulempfehlung, sondern um „eine verbindlichere Steuerung der Übergänge, um das Schulsystem insgesamt stabil zu halten“. Er persönlich habe eine große Sympathie für diese Wahlfreiheit, bekennt der 52-Jährige, der am Rastatter Tulla-Gymnasium sein Abitur machte. G9 würde am Ende aber natürlich mehr Geld kosten, von der Schulbauförderung bis zur Schaffung neuer Stellen. Und Wahlfreiheit oder die Rückkehr zum neunjährigen Abitur müssten

„auf jeden Fall“ so organisiert sein, „dass Real- oder Gemeinschaftsschulen und die Beruflichen Gymnasien nicht leiden“, betont Becker.

Einen Erkenntnisgewinn erhofft sich der frühere Kreisvorsitzende der Rastatter CDU von der durch die Landesregierung gestarteten Bürgerbeteiligung. Seit wenigen Tagen ist die auch online möglich. Er erwarte eine „ehrliche Diskussion“, damit G9 nicht nur ein Schlagwort bleibe. Denn sollte es tatsächlich zur Rückkehr kommen, müsse über pädagogische Inhalte geredet werden, über mehr Digitalisierung etwa oder mehr politische Bildung und die Stärkung der Vereine vor Ort.

Neue Debatten zur Schulstruktur lehnt der CDU-Politiker ab. Gerade angesichts der im jüngsten Bildungsbericht unterstrichenen Herausforderungen sei dafür nicht der richtige Zeitpunkt, meint Becker und verweist auf seine Erfahrungen als Musiker, denn danach ist es keineswegs so, dass Ergebnisse besser würden, je heterogener Gruppen sind – aber er sei kein Pädagoge. Und darüber hinaus halte er „allgemein nichts davon, wenn die Politik Lehrerinnen und Lehrern die Methodik ihres Unterrichts erklären will“.